

# ***UBP-Fraktion im Recklinghäuser Kreistag***

An den Landrat des Kreises Recklinghausen  
Herrn C. Süberkrüb  
Kurt-Schumacher-Allee 1  
45657 Recklinghausen

Recklinghausen, 03.08.2010

## **Antrag an den Kreistag Recklinghausen Prüfauftrag zur Neuorganisation der Betriebshöfe innerhalb des Kreises**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die UBP- Kreistagsfraktion beantragt, dass die Kreisverwaltung gemeinsam mit der Bürgermeisterkonferenz strategische Perspektiven erarbeitet, wie die städtischen Betriebshöfe langfristig aufgestellt werden, um effektiver und effizienter zu arbeiten, Synergien zu schaffen und damit Kosten zu sparen und die Logistik innerhalb der Städte zukunftsweisend aufzustellen.

Die UBP-Kreistagsfraktion hat zwei Modelle erarbeitet, die wir hier kurz vorstellen:

### Modell 1:

Die Organisation der städtischen Betriebshöfe (interne Verwaltung) wird auf die Kreisverwaltung übertragen, analog dem Gutachterausschuss. Die Gebühren für die Müllabfuhr und andere Leistungen der Betriebshöfe würden im Kreisgebiet einheitlich gestaltet, analog den Kindergartenbeiträgen (hier: Ausnahme Marl).

### Modell 2:

Das Modell 2 ist analog zu Modell 1. Es sollte über das Modell 1 hinaus geplant werden, welche städtischen Betriebshöfe langfristig komplett aufgelöst würden. Da im Kreis Recklinghausen in Recklinghausen und Marl neue Betriebshöfe geschaffen wurden, könnte Marl als Standort für den westliche Kreis (die Städte Dorsten, Haltern, Gladbeck, Herten und Marl) und Recklinghausen als Standort für den östlichen Kreis (die Städte Oer-Erkenschwick, Datteln, Waltrop, Castrop-Rauxel und Recklinghausen) dienen.

**Begründung:**

Die Städte, der Kreis und die Umlageverbände (LWL und RVR) sind zu immer weiteren Sparanstrengungen verpflichtet. Die interkommunale Zusammenarbeit wird zwar immer wieder eingebracht, weitreichende Erfolge sind aber bisher ausgeblieben. Macht und Verantwortung werden ungern von den Verwaltungsspitzen an übergeordnete Behörden abgetreten. Es ist aber aus unserer Sicht zwingend notwendig, diese Schritte zu gehen, um die Städte nicht weiter in die Schuldenfalle laufen zu lassen.

Die von uns in die Diskussion gebrachten Modelle sind Denkanstöße, wie man Synergien schaffen kann und damit Kosten spart.

1. Eine gemeinsame Verwaltung würde wesentlich effektiver und effizienter arbeiten, als es die bisher 10 Verwaltungen im Kreis tun.
2. Maschinen/Fahrzeuge könnten eine wesentlich höhere Einsatzzeit haben.
3. Spezielle Fahrzeuge müssten nicht von allen 10 Betriebshöfen vorgehalten werden, sondern könnten im Bedarfsfall eingesetzt werden.
4. Die Logistik vor Ort würde wesentlich niedrigere Kosten verursachen, da in die „alten“ Betriebshöfe seitens der Städte keine Investitionen mehr fließen und diese langfristig nur noch als Lagerstätten genutzt würden.

An den von uns beschriebenen Modellen geht langfristig kein Weg vorbei. Die Bezirksregierung wird spätestens bei der bilanziellen Überschuldung der Städte im Kreis, was zwischen dem Jahr 2013 und 2014 eintreten wird, sämtliche Einsparpotentiale in den Städten umsetzen. Wir sollten also so lange wie möglich eigenständig handeln, bevor wir externe Lösungen „von oben“ präsentiert bekommen.

Unser Antrag wird dafür sorgen, dass Kosten eingespart werden und die Bürger niedrigere Müllgebühren bezahlen (Gebührenstabilität). Wir würden es daher begrüßen, wenn der Kreistag und die Bürgermeisterkonferenz der Kreisverwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag erteilen, um die Idee umzusetzen. Untersuchungen in Viersen haben ergeben, dass eine zentrale Verwaltung mit dezentralen Standorten eine Kostenersparnis von etwa 8 % bedeuten würde.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Köller  
Fraktionsvorsitzender

Claudia Ludwig  
Kreistagsabgeordnete

Lars Radziej  
Kreistagsabgeordneter